



HESSISCHER LANDTAG

03. 03. 2021

Kleine Anfrage

Nancy Faeser (SPD), Günter Rudolph (SPD) vom 14.12.2020

KOMPASS-Umfrage

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

Laut Berichterstattung auf „hessenschau.de“ hat die Stadt Flörsheim die Bürger online zu ihrem Sicherheitsgefühl befragt. Sie konnten auch „Ausländer/Flüchtlinge“ als „dringliches Problem“ anklicken. Der Bürgermeister der Stadt Flörsheim gab auf Facebook an, der Fragebogen sei von der Universität Gießen in Zusammenarbeit mit der hessischen Polizei und dem Innenministerium entwickelt worden. Sowohl das Innenministerium als auch die Gießener Kriminologie-Professorin Britta B. stellten daraufhin klar, dass die Flörsheimer Umfrage vom Polizeipräsidium Westhessen gestaltet wurde – inklusive der Antwortvorschläge. Laut „FAZ“-Berichterstattung teilte ein Sprecher des Innenministeriums mit, dass irrtümlicherweise nicht der Fragebogen der Universität Gießen, sondern ein interner Bogen der Polizei des Präsidiums Westhessen online gestellt wurde.

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

Mit KOMPASS (KOMunalProgrAmmSicherheitsSiegel) hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) ein bundesweit einmaliges Programm geschaffen, um die Sicherheitsarchitektur in Hessen mit passgenauen Lösungen in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln. In den bereits 89 teilnehmenden hessischen Kommunen partizipieren etwa 2,5 Mio. hessische Bürgerinnen und Bürger von der Präventionsinitiative KOMPASS. Weitere Städte und Gemeinden haben sich beworben und sollen im Frühjahr 2021 in die KOMPASS-Familie aufgenommen werden.

KOMPASS ist ein Angebot an die Städte und Gemeinden in Hessen und zielt auf eine nachhaltig ausgerichtete Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit in Sachen Sicherheit und Sicherheitsgefühl vor Ort ab.

Die Polizei Hessen bietet an, gemeinsam mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern, die spezifischen kommunalen Sicherheitsbedürfnisse, also auch die Sorgen und Ängste der Bevölkerung zu erheben, zu analysieren und gemeinsam ein passgenaues Lösungsangebot zu entwickeln.

Dabei versteht sich KOMPASS als übergreifendes Präventionsprogramm, mit dessen Hilfe aus der Fülle von Präventionsangeboten exakt diejenigen gewählt werden können, welche das Sicherheitsgefühl in der eigenen Nachbarschaft oder der gesamten Stadt bzw. Gemeinde stärken.

Aus diesem Grund wurden im Rahmen von KOMPASS bereits Bürgerbefragungen initiiert, die die spezifischen kommunalen Sicherheitsbedürfnisse erheben, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung messbar zu machen.

Um den möglichen Präventionsansätzen eine Grundlage voranzustellen, wird das Programm wissenschaftlich eng begleitet, um die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes mit einzubeziehen.

Aufgrund der gemachten Erfahrungen hat sich bereits herausgestellt, dass eine noch engere Vernetzung und der damit verbundene gemeinschaftliche Wille, die Sicherheit vor Ort zu verbessern, Früchte trägt und dabei unter anderen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärkt.

Die Stadt Flörsheim ist am 13. Oktober 2020 offiziell als KOMPASS-Kommune durch das Polizeipräsidium Westhessen begrüßt worden. In diesem Zusammenhang wurde zur Erhebung der

beschriebenen Sicherheitsbedürfnisse von der Kommune das Instrument der Bürgerbefragung ausgewählt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Waren dem Innenministerium die Frage- und Antwortmöglichkeiten der Kompass-Umfrage in Flörsheim bereits vor der Veröffentlichung des hessenschau Berichts bekannt?

Ja, die Frage- und Antwortmöglichkeiten waren dem HMdIS bereits vor dem Erscheinen des hessenschau-Berichtes bekannt.

Frage 2. Falls Frage 1 mit ja beantwortet wird:
a) Seit wann?
b) Warum hat das Ministerium nicht frühzeitig darauf reagiert?

Zu Frage 1 a: Erst durch die Anfrage eines Stadtverordneten der Stadt Flörsheim vom 26. November 2020 an das HMdIS und das Polizeipräsidium Westhessen wurden die konkreten Fragestellungen der Online-Bürgerbefragung in Flörsheim dem HMdIS bekannt.

Zu Frage 1 b: Unmittelbar nach Bekanntwerden der Thematik am 26. November 2020 erfolgte eine Sachverhaltsaufklärung und Bewertung durch das PP Westhessen und die Fachebene im Landespolizeipräsidium.

Am 30. November 2020 wurde die Online-Befragung durch die Stadt Flörsheim beendet. Im Dezember 2020 konnte die Angelegenheit durch das PP Westhessen mit dem Bürgermeister der Stadt Flörsheim erörtert werden. Zudem wurde der Stadt Flörsheim Unterstützung angeboten. Außerdem hat der Polizeipräsident des PP Westhessen persönlich im Rahmen einer Sitzung des Ausländerbeirates am 8. Februar 2021 die Sachlage ausführlich dargestellt.

Frage 3. Inwiefern mussten die Frage- und Antwortmöglichkeiten vor Veröffentlichung durch das Innenministerium freigegeben werden?

Die Bürgerbefragung in Flörsheim erfolgte in eigener Verantwortung und in Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Westhessen. Eine Freigabe der Frage- und Antwortmöglichkeiten durch das Hessische Innenministerium erfolgte weder in diesem Fall, noch ist sie im Rahmen des Programms vorgesehen.

Frage 4. Wie konnte es dazu kommen, dass statt des gängigen Fragebogens der Universität Gießen ein interner Fragebogen der Polizei verwendet wurde?

Bei KOMPASS-Befragungen kommen grundsätzlich zwei Befragungsmethoden zur Erhebung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger in den teilnehmenden Kommunen zum Einsatz. Zum einen kann die Befragung über das Internet – in der Regel über die bekannten Webseiten der jeweiligen Kommunen – oder in der Form des persönlichen Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern erfolgen.

Die Sicherheitsbefragung in der Stadt Flörsheim konnte ressourcenbedingt nicht unmittelbar durch die Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen durchgeführt werden. Der Stadt Flörsheim wurden jedoch durch das Polizeipräsidium Westhessen geeignete und bewährte Fragestellungen für eine im unmittelbaren Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern konzipierte Befragung zur Verfügung gestellt.

Die entsprechend geplante Befragung im Stadtgebiet Flörsheim war für den 6. November 2020 terminiert, musste allerdings aufgrund der Pandemie-Lage kurzfristig abgesagt werden.

Um den Befragenden die Kategorisierung und die Auswertbarkeit bei der geplanten Befragung per Interview zu erleichtern, wurden zu den Fragen bisher häufig auftretende Antworten hinterlegt. Neben acht anderen häufig aufgetretenen Antworten war auch die Nennung „Ausländer/Flüchtlinge“ vorgesehen. Diese entsprechende Vorkategorisierung möglicher Antworten beruht auf den Erfahrungen der meistgenannten Antworten im Rahmen von KOMPASS-Befragungen. Die Auswahl selbst stellte keine Wertung oder Vorfestlegung seitens des Polizeipräsidiums Westhessen dar.

Um die pandemiebedingt nicht mögliche persönliche Befragung durch eine Onlinebefragung zu ersetzen, wurde der Fragebogen auf der Webseite der Stadt Flörsheim im Einvernehmen mit dem Polizeipräsidium Westhessen veröffentlicht. Die erforderliche Anpassung – die Löschung konkreter Antwortmöglichkeiten bei der Umsetzung dieser Befragungshilfe – unterblieb. Bei der Erhebung hätten offene Fragestellungen ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten zur Anwendung

kommen sollen. Das Polizeipräsidium Westhessen wertet aktuell die mehr als 600 abgesendeten Fragebögen gewissenhaft aus. Anschließend wird es gemeinsam mit der Stadt Flörsheim prüfen und beraten, inwiefern die erhobenen Daten dennoch eine Grundlage für die Erhebung und Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger vor Ort darstellen kann.

Frage 5. Trifft es zu, dass in der Regel einheitliche Frage- und Antwortmöglichkeiten verwendet werden bzw. inwiefern haben die Kommunen die Möglichkeit davon bewusst abzuweichen?

Die Bürgerbefragungen, welche durch die JLU Gießen wissenschaftlich begleitet werden, enthalten überwiegend einheitliche Frage- und Antwortmöglichkeiten. Kommunale Besonderheiten können hierbei durch die Kommune ergänzend eingebracht werden. Die Kommunen können im Rahmen von KOMPASS zudem eine Bürgerbefragung in Eigenverantwortung durchführen.

Frage 6. Haben auch andere KOMPASS Kommunen den in Flörsheim verwendeten oder einen vergleichbaren Frage- und Antwortbogen verwendet?
Falls ja, welche Kommunen?

Bislang liegen keine Hinweise vor, dass ein solcher Frage- und Antwortbogen bei anderen KOMPASS-Kommunen verwendet wurde.

Frage 7. Wie schließt die Landesregierung aus, dass im Rahmen der KOMPASS Umfragen erneut Antwortmöglichkeiten herausgegeben werden, die wie in Flörsheim dafür sorgen, dass Menschen auf Grund ihrer Herkunft als Bedrohung gesehen und damit diskriminiert werden?

Frage 8. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung darüber hinaus aus dem Vorfall?

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Das HMdIS sieht keinen Grund für die Annahme, dass sich ein entsprechendes Versehen wiederholen wird. Der Vorgang wurde mit allen Polizeipräsidien im Rahmen des regelmäßigen und dauerhaften Erfahrungsaustauschs unter Federführung des Landespolizeipräsidiums intensiv erörtert. Eine Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft war zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise intendiert.

Wiesbaden, 22. Februar 2021

Peter Beuth